



## **Leistungsbeschreibung – Einführung Hamburgisches Lobbyregister**

**Projekt:** Einführung eines Hamburgischen Lobbyregisters

**Auftraggeberin:** Bürgerschaftskanzlei (Freie und Hansestadt Hamburg)

**Rechtsgrundlage:** Hamburgisches Lobbyregistergesetz (HmbLobbyRG)

**Produktivsetzung:** 01.09.2027

### **1. Zielsetzung**

Mit den Drucksachen 22/17395 und 22/17919 hat die Bürgerschaft die Einführung eines Hamburgischen Lobbyregisters initiiert und verabschiedet. Dieses muss am 01.09.2027 produktiv gesetzt werden.

Die Bürgerschaftskanzlei setzt die Einführung dieses webbasierten Lobbyregisters als öffentlich zugängliche, maschinenlesbare Datenbank um. Ziel ist die transparente Erfassung von Interessenvertretungen sowie deren Beteiligung an legislativen und exekutiven Entscheidungsprozessen. Das Register soll sowohl parlamentarische Kontakte als auch Kontakte mit Senat und Behörden erfassen und damit den legislativen und exekutiven Fußabdruck politischer Entscheidungsprozesse nachvollziehbar machen.

Ein wesentliches Merkmal des Hamburgischen Lobbyregisters soll darin bestehen, dass Interessenvertretungen ihre Stellungnahmen und Beiträge eigenständig konkreten Regelungsvorhaben zuordnen und mit entsprechenden Dokumenten verknüpfen sollen. Hierfür ist eine technische Anbindung an das bestehende Parlamentsdokumentationssystem (ParlDok) zwingend vorgesehen. Anders als auf Bundesebene, wo diese Verknüpfung derzeit durch die registerführende Stelle vorgenommen wird, soll die inhaltliche Zuordnung in Hamburg bereits im Rahmen der Dateneingabe durch die Interessenvertretungen selbst erfolgen, vorbehaltlich einer fachlichen Prüfung durch die Registerstelle.

### **2. Grundlegende Systemarchitektur**

Die Anwendung soll als Webanwendung konzipiert werden und aus drei funktional voneinander abgegrenzten Bereichen bestehen.

Erstens ist ein öffentlicher Recherche-Bereich vorgesehen, der Bürger:innen eine Suchfunktion mit verschiedenen Filter- und Sortiermöglichkeiten sowie die Anzeige von Informationen zu Interessenvertretungen, deren Stellungnahmen und Verknüpfung zu Gesetzesvorhaben ermöglicht. Zweitens soll ein ebenfalls öffentlich zugänglicher, jedoch nutzerbezogener Bereich bestehen, über den sich die Interessenvertretungen gemäß §2 Abs. 1 registrieren, identifizieren und ihre Daten sowie Stellungnahmen eigenständig hochladen/verwalten können.

Drittens ist ein nicht-öffentlicher Verwaltungsbereich erforderlich, der der registerführenden Stelle die Prüfung, Freigabe und Bearbeitung und ggf. Sperrung von Einträgen und Stellungnahmen ermöglicht.



Besonderes Augenmerk liegt dabei auf der klaren Trennung zwischen öffentlich sichtbaren und internen Daten. Es muss technisch sichergestellt sein, dass ausschließlich freigegebene Informationen veröffentlicht werden und schutzwürdige Daten nicht versehentlich zugänglich gemacht werden.

### **3. Funktionale Kernanforderungen**

Die Kernfunktion des Registers besteht in einer öffentlich verfügbaren Such- und Anzeigeoberfläche, deren Inhalte aus einer strukturierten Datenbank gespeist werden. In dieser Datenbank werden sowohl Stammdaten der Interessenvertretungen als auch eingereichte Dokumente und Verknüpfungen mit parlamentarischen Dokumenten geführt.

Die im Register veröffentlichten Stellungnahmen und Dokumente sollen nicht nur als Dateien abrufbar sein, sondern inhaltlich durchsuchbar dargestellt werden. Hierzu ist sicherzustellen, dass die von den Interessenvertretungen hochgeladenen Stellungnahmen maschinenlesbar verarbeitet und für die Recherche indexiert werden können.

Interessenvertretungen sollen sich über ein webbasiertes Formular registrieren können. Im Rahmen der Registrierung ist ggf. ein geeignetes Verfahren zur Authentifizierung von Interessenvertretungen zu implementieren.

Die registerführende Stelle benötigt eine Verwaltungsoberfläche, über die Registrierungen geprüft und freigegeben, Daten bearbeitet und bei Bedarf gesperrt werden können. Hierzu gehören auch Funktionen zur Benutzer- und Rechteverwaltung sowie die Protokollierung der Bearbeitungsschritte durch die Sachbearbeiter:innen und die Kennzeichnung von Daten, die aus Datenschutzgründen für die Öffentlichkeit durch die Registerführende Stelle gesperrt werden (inkl. Bearbeitungsnotiz der Sachbearbeiter:innen).

Weiterhin ist eine bilaterale Kommunikation zwischen Interessenvertretung und registerführenden Stelle vorgesehen. Hierdurch sollen Rückfragen/Nachforderungen, Hinweise auf unvollständige Angaben und Erinnerungen innerhalb der Anwendung nachvollziehbar und dokumentiert erfolgen. Die Kommunikation soll ebenfalls revisionssicher protokolliert werden.

### **4. Integration und Schnittstellen**

Ein wesentlicher Bestandteil der geplanten Lösung ist die Integration einer Schnittstelle zum bestehenden Parlamentsdokumentationssystem (ParlDok), um Gesetzesvorlagen und eingereichte Stellungnahmen technisch miteinander zu verknüpfen.

### **5. Nicht-funktionale Anforderungen**

Die Anwendung soll den Anforderungen der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) entsprechen und den gängigen Standards des BSI-Grundschutzkompendiums genügen. Zudem sind die Vorgaben zur digitalen Barrierefreiheit, insbesondere im Hinblick auf Webseiten (EU-Richtlinie 2026/2102 zur Barrierefreiheit öffentlicher Stellen) einzuhalten. Die Anwendung soll



responsiv gestaltet und mit den gängigen Browsern (Edge, Chrome, Firefox, Safari, Opera, mobile Browser) kompatibel sein, sowie den gestalterischen Vorgaben der Hamburgischen Bürgerschaft entsprechen.

Das zu entwickelnde Softwareprodukt ist so zu konzipieren und umzusetzen, dass es sich nahtlos in die bestehende On-Premise-Infrastruktur des Auftraggebers integriert. Dabei sind die vorgegebenen Infrastruktur- und Architekturprinzipien des Auftraggebers verbindlich einzuhalten und zu nutzen, sowie die Besonderheiten der Netzarchitektur des Auftraggebers zu berücksichtigen. Diese sieht eine strikte Trennung zwischen internen und externen Daten sowie den entsprechenden Netzsegmenten vor. Die Kommunikation zwischen internem und externem Netzwerk ist ausschließlich unidirektional von intern nach extern zu realisieren. Entsprechende technische und organisatorische Maßnahmen zur Sicherstellung dieser Vorgabe sind im Systemdesign vorzusehen und nachzuweisen.